

Berlin, am 01.11.2022

Bundesverband Trans e.V.
Prinzregentenstraße 84
10717 Berlin
Tel: 030 23 94 98 96

info@bundesverband-trans.de
www.bundesverband-trans.de

Selbstbestimmung für trans*, inter* und nicht-binäre Kinder und Jugendliche – das fordert das Aktionsbündnis #WirRedenMit, das am Mittwoch, 2.11., zwölf Appelle veröffentlicht. Diese stammen von trans*, inter* und nicht-binären Kindern und Jugendlichen selbst: Eine Online-Umfrage hatte Anfang 2022 die Meinungen und Perspektiven von 576 Personen zwischen fünf und 26 Jahren gesammelt.

Im Herbst 2021 hat die Bundesregierung im Koalitionsvertrag ein Selbstbestimmungsgesetz angekündigt. Im Juni 2022 waren die Eckpunkte dieses Gesetzes vorgestellt worden. In diesen werden zentrale Forderungen für eine menschenrechtsbasierte Ausgestaltung des Personenstandsrechts umgesetzt. So soll in Zukunft die Änderung des Geschlechtseintrags und der Vornamen allein durch Selbsterklärung vor dem Standesamt möglich sein – zumindest für volljährige Personen. Minderjährige zwischen 14 und 17 Jahren sollen laut der Eckpunkte den Geschlechtseintrag mit Zustimmung der Sorgeberechtigten ändern können.

Über die Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen wird medial hitzig diskutiert. Rechtskonservative, rechtsextreme und antifeministische Akteur*innen benutzen das Thema, um sich in der gesellschaftlichen Mitte Gehör zu verschaffen und verwenden Fehlinformationen, um ungerechtfertigte Ängste zu erzeugen. Damit verschärfen sie die Lage von Kindern und Jugendlichen, denen die Anpassung von Vornamen oder Geschlechtseintrag oft über Jahre hin verwehrt bleibt, da sie keine Unterstützung von ihren Sorgeberechtigten erhalten.

Dies hat weitreichende Folgen, sagt Yan Zirke von TRANS* - JA UND?!, dem Jugendprojekt vom BVT*: „Werden die Wünsche und der Kinder und Jugendlichen ignoriert oder übergangen, hat das weitreichende Folgen. Trans*, inter* und nicht-binäre Kinder sind oftmals viel Diskriminierung ausgesetzt. Unterstützung durch die Eltern und rechtliche Selbstbestimmung, die den niedrigschwelligen Zugang zu Vornamens- und Personenstandsänderungen sichert, kann viel dieser Diskriminierung abwenden. Das ist zentral, denn Diskriminierung verhindert nicht nur die soziale und gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, sondern kann sich auch auf ihre psychische Gesundheit stark negativ auswirken.“

Laut den Eckpunkten soll es für Kinder und Jugendliche möglich sein, die Zustimmung der Sorgeberechtigten durch einen Familiengerichtsbeschluss zu ersetzen. „Dies ist in der Praxis mit vielen Hürden verbunden. Sich gegen die Eltern zu stellen und ein Gerichtsverfahren zu beginnen, ist für viele Jugendliche entweder undenkbar oder mit extremen psychischen Belastungen verbunden. Zudem sind die

Jugendlichen dann immer noch davon abhängig, dass Richter*innen ihre Situation verstehen.“ so Zirke weiter.

Der Kinderschutzbund befürwortet aus diesem Grund Selbstbestimmung für Jugendliche ab 14 Jahren, wie Heinz Hilgers, Präsident des Kinderschutzbundes, [in einem Interview mit dem RND](#) betont hat.

Mari Günther, Fachreferentin für Beratungsarbeit beim BVT* sagt: „Jugendliche sind mit 14 Jahren bedingt strafmündig und haben z.B. das Recht, selbstbestimmt über die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu entscheiden. Hier wird ihnen also durchaus zugetraut, die Tragweite eigener Entscheidungen einschätzen zu können und diese Entscheidungen dann auch selbstständig zu treffen. Warum sollte die Änderung eines Vornamens oder eines Geschlechtseintrags, der ja eine rein bürokratische Kategorie ist, nur mit Zustimmung der Sorgeberechtigten erfolgen können? Und warum wird so viel über und nicht mit den Kindern und Jugendlichen gesprochen?“

Um die Stimmen von trans*, inter* und nicht-binären Kindern und Jugendlichen in den Diskussionen rund um das Selbstbestimmungsgesetz wahrnehmbarer zu machen, hat das Aktionsbündnis #WirRedenMit daher im Frühjahr 2022 eine Online-Umfrage gestartet: Die Meinungen und Perspektiven von insgesamt 576 trans*, inter* und nicht-binären Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen fünf und 26 Jahren aus dem ganzen Bundesgebiet wurden darin erhoben und anschließend ausgewertet. Ihre zwölf zentralen Forderungen und Appelle an Gesellschaft und Politik, sowie viele Zitate aus der Umfrage werden am Mittwoch, 2.11., um 10 Uhr auf der Kampagnenhomepage veröffentlicht. Begleitet wird dies von einer Social Media Kampagne.

Im Folgenden finden Sie eine Auswahl der Apelle, die wir Ihnen vorab zur Verfügung stellen möchten.

- **Akzeptiert uns, wie wir sind!**

Alle Menschen wünschen sich, so angenommen zu werden, wie sie sind. Das gilt auch für trans*, inter* und nicht-binäre Kinder und Jugendliche, doch leider erleben viele von ihnen, dass ihnen ihre Identität abgesprochen, ihre Existenz infrage gestellt oder ihre Körper und Identitäten abgewertet werden.

Fehlende Akzeptanz ist für Betroffene sehr schmerzhaft und kann ihren Lebensweg massiv erschweren. Auf der anderen Seite können Signale der Akzeptanz und Unterstützung buchstäblich Lebensretter*innen sein und den Ausschlag für ein gutes Leben geben. Also: Lasst trans*, inter* und nicht-binäre Menschen so sein, wie sie sind, denn sie sind genau richtig so!

- **Wir wollen ernst genommen werden!**

Häufig wird trans*, inter* und nicht-binären Kindern und Jugendlichen unterstellt, sie würden einem Trend folgen, nach Aufmerksamkeit suchen, oder ihre Identität sei nur eine Phase. Solche Aussagen sind entwürdigend und signalisieren jungen trans*, inter* und nicht-binären Menschen unwichtig und in der Gesellschaft unerwünscht zu sein.

Trans*, inter* und nicht-binäre Kinder und Jugendliche wollen, dass ihre Identitäten und ihre Belange ernst genommen werden, und dass ihnen geglaubt wird, egal wie jung sie sind! Das bedeutet

Gabriel_Nox Koenig | Presse- und Öffentlichkeitsarbeit | 0177 143 1841 | presse@bundesverband-trans.de | www.bundesverband-trans.de

auch, Kindern und Jugendlichen zuzuhören und ihre Meinungen zu berücksichtigen, wenn es um politische Entscheidungen geht, die ihre Leben betreffen.

- **Wir wollen selbst über uns entscheiden!**

Trans*, inter* und nicht-binäre Kinder und Jugendliche möchten selbstbestimmt über ihr eigenes Leben entscheiden können, denn sie wissen selbst am besten, wer sie sind und was sie brauchen. Statt Fremdbestimmung und Bevormundung durch Erwachsene wünschen sie sich Akzeptanz und zugewandte Unterstützung, um den für sie richtigen Weg zu finden!

Jungen Menschen Selbstbestimmung zu ermöglichen, heißt dabei sowohl, sie vor Zwangsbehandlungen zu schützen, als auch vielfältige Geschlechterbilder und Transitionsentscheidungen zu akzeptieren. Und es heißt auch, Kindern und Jugendlichen zuzutrauen, Expert*innen ihres Lebens zu sein und eigene Entscheidungen zu treffen.

- **Wir fordern Schutz vor Diskriminierung!**

Trans*, inter* und nicht-binäre Kinder und Jugendliche sind nach wie vor häufig Diskriminierungen ausgesetzt. Denn noch immer werden Körper und Identitäten, die nicht der gesellschaftlichen Erwartung von entweder „weiblich“ oder „männlich“ entsprechen, ignoriert, abgewertet und sind einem hohen Anpassungsdruck unterworfen.

Neben Möglichkeiten für individuellen Schutz, z.B. vor Mobbing und Gewalt, braucht es daher u.a. rechtliche und institutionelle Vorgaben, die Kinder und Jugendliche wirksam vor fremdbestimmten medizinischen Eingriffen und vor Alltagsdiskriminierungen schützen, sowie ihnen den Zugang zu unterstützenden Angeboten ermöglichen.

- **Wir sind Menschen! Wir verdienen Respekt!**

Wenn junge trans*, inter* und nicht-binäre Menschen das Recht auf Selbstbestimmung oder die Beachtung ihrer Belange einfordern, geht es nicht um Sonderrechte, sondern darum, dass ihre Würde gleichermaßen geachtet und ihnen das gleiche Maß an Respekt entgegengebracht wird, wie endo- und cis-geschlechtlichen Menschen auch. Demnach sollte es selbstverständlich sein, dass geschlechtliche Vielfalt gesellschaftliche und rechtliche Anerkennung verdient, dass Namen und Pronomen geachtet werden und dass die Gesundheitsversorgung von trans*, inter* und nicht-binären Menschen sichergestellt wird. Denn trans*, inter* und nicht-binären Menschen verdienen Respekt.

Ab Mittwoch, 2.11., 10 Uhr ist die Kampagnenseite unter www.wir-reden-mit.org erreichbar.

Links:

Kampagnenseite: www.wir-reden-mit.org

RND-Artikel, in dem sich Heinz Hilgers, Präsident des Kinderschutzbundes, zur Selbstbestimmung von Jugendlichen äußert: <https://www.rnd.de/politik/selbstbestimmungsgesetz-ueber-das-geschlecht-wird-kuenftig-selbst-entschieden-IDHTGYRVVVCXVMMSIG2QC6KTFI.html>